



26/2018

Mitteilungsblatt / Bulletin

1. Juni 2018

Redaktionelle Berichtigung des Mitteilungsblattes 19/2018

Richtlinie

**zur Umsetzung des Mutterschutzes für Studentinnen
an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
vom 09.04.2018**

Editorial correction of the bulletin 19/2018

Regulations

**for the implementation of maternity leave
at the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin)
Date: 09.04.2018**

Editor

Der Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin /
The President of the Berlin School of Economics and Law
Badensche Straße 52 • 10825 Berlin
T +49 (0)30 30877-1393 • F +49 (0)30 30877-1319

Richtlinie zur Umsetzung des Mutterschutzes für Studentinnen an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin vom 09.04.2018

Auf Grund § 20 Abs. 4 der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung sowie auf Grund § 10a der Ordnung über die Rechte und Pflichten der Studierenden (Studierendenordnung) erlässt die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) folgende Richtlinie:

Inhalt

- § 1 Geltungsbereich; Grundsätze
- § 2 Information der HWR Berlin über die bestehende Schwangerschaft
- § 3 Information der Praktikumsstellen über die bestehende Schwangerschaft
- § 4 Erklärungen der Studentinnen im Mutterschutz
zur Fortsetzung des Studium innerhalb der Schutzfristen und deren Widerruf
- § 5 Gefährdungsbeurteilungen und Schutzmaßnahmen
- § 6 Inkrafttreten

Anlagen

- a) Auszug aus der Studierendenordnung
- b) Auszug aus der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung
- c) Auszug aus dem Arbeitsschutzgesetz
- d) Auszug aus dem Mutterschutzgesetz

§ 1 Geltungsbereich; Grundsätze

(1) Diese Richtlinie regelt das Verfahren und die Zuständigkeiten zur Gewährleistung der Schutzrechte von Studentinnen während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin).

(2) Die Schutzrechte der Studentinnen sind im Mutterschutzgesetz sowie in § 20 Abs. 4 der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung und § 10a der Ordnung über die Rechte und Pflichten der Studierenden (Studierendenordnung) geregelt (siehe Anlagen a) und b)).

§ 2 Information der HWR Berlin über die bestehende Schwangerschaft

(1) Zur Wahrnehmung ihrer Rechte sollen Studentinnen die HWR Berlin möglichst frühzeitig informieren, wenn eine Schwangerschaft besteht.

(2) Die Information soll schriftlich oder per E-Mail an folgende Stellen erfolgen:

- Fachbereich Wirtschaftswissenschaften: das für die Studentin zuständige Studienbüro
- Fachbereich Duales Studium Wirtschaft · Technik: die Geschäftsführung
- Fachbereich Allgemeine Verwaltung: das für die Studentin zuständige Studienbüro
- Fachbereich Rechtspflege: das für die Studentin zuständige Studienbüro
- Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement: das für die Studentin zuständige Studienbüro

Institut für Weiterbildung/Berlin Professional School: die für die Studentin zuständige Studiengangskoordination

Daneben kann die Information auch an den Studierendenservice - Familienbüro erteilt werden. Die Hochschule stellt ein Formular bzw. Vordruck für die Meldung zur Verfügung.

Die Information wird, wenn sie vom Studierendenservice - Familienbüro - zentral aufgenommen worden ist, an den zuständigen Fachbereich oder das Institut für Weiterbildung / Berlin Professional School weitergeleitet.

(3) Es soll ein Nachweis der Schwangerschaft (z.B. Auszug aus dem Mutterpass) vorgelegt werden. Dieser Nachweis soll auch den voraussichtlichen Entbindungstermin beinhalten. Eine Kopie oder ein Scan des Nachweises ist ausreichend.

§ 3 Information der Praktikumsstellen über die bestehende Schwangerschaft

Befinden sich Studentinnen zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Schwangerschaft bereits im Praktikum, so haben die Studentinnen die Praktikumsstellen ebenfalls zu informieren.

§ 4 Erklärungen der Studentinnen im Mutterschutz zur Fortsetzung des Studiums innerhalb der Schutzfristen und deren Widerruf

- (1) Studentinnen im Mutterschutz können jederzeit erklären, dass sie innerhalb der Schutzfristen auf eigenen Wunsch das Studium fortsetzen wollen. Desgleichen können sie diese Erklärung während der Schutzfristen jederzeit widerrufen. Erklärung und Widerruf erfolgen gegenüber den Stellen, die auch die Information über das Bestehen einer Schwangerschaft erhalten (oben § 2).
- (2) Die Information soll schriftlich oder per E-Mail erfolgen. Hierfür werden von der Hochschule Formulare bzw. Vordrucke zur Verfügung gestellt.
- (3) Die An- und Abmeldung für studienbegleitende Prüfungen oder die Abschlussprüfung erfolgt für Studentinnen im Mutterschutz über die üblichen Stellen der Hochschulverwaltung.

§ 5 Gefährdungsbeurteilungen und Schutzmaßnahmen

- (1) Studentinnen, die die Hochschule über ihre Schwangerschaft informiert haben, werden zeitnah zu einem Gespräch mit dem Studierendenservice - Familienbüro eingeladen. Bei schwangeren Studentinnen des Fachbereichs Fachbereich Duales Studium Wirtschaft · Technik wird das Gespräch durch die Geschäftsführung des Fachbereichs geführt.
- (2) In diesem Gespräch soll eine Gefährdungsbeurteilung gemäß § 10 Mutterschutzgesetz i. V. m. § 5 Arbeitsschutzgesetz durchgeführt und ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen erörtert und festgelegt werden. Ist eine abschließende Beurteilung durch den Studierendenservice - Familienbüro nicht möglich, werden die zuständige Sicherheitsfachkraft und ggf. auch der betriebsärztliche Dienst hinzugezogen.
- (3) Über das Ergebnis informiert der Studierendenservice - Familienbüro das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin.
- (4) Studentinnen, die sich im Mutterschutz befinden, dürfen ein Praktikum nur aufnehmen oder fortsetzen, wenn der Praktikumsgeber der HWR Berlin bescheinigt, eine Gefährdungsbeurteilung vorgenommen und ggf. erforderliche Schutzmaßnahmen ergriffen zu haben.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 28.04.2018 in Kraft.

Anlagen

a) Auszug aus der Studierendenordnung

§ 10a Mutterschutz

(1) Das Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz - MuSchG) in der jeweils gültigen Fassung regelt den Schutz der Studentinnen während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit. Es wird bekannt gemacht auf der Homepage der HWR Berlin.

(2) Die Studentinnen sollen die HWR Berlin so früh wie möglich über ihre Schwangerschaft unterrichten. Zum Nachweis ihrer Schwangerschaft soll ein ärztliches Zeugnis oder das Zeugnis einer Hebamme oder eines Entbindungspflegers (z.B. Auszug aus dem Mutterpass) vorgelegt werden. Das Zeugnis soll den voraussichtlichen Tag der Entbindung enthalten.

(3) Die Studentinnen werden sechs Wochen vor dem voraussichtlichen Entbindungstermin und acht Wochen nach dem Entbindungstermin vom Studium freigestellt, soweit sie nicht erklären, in den Schutzfristen das Studium fortsetzen zu wollen.

Die Schutzfrist nach der Entbindung verlängert sich

- bei Frühgeburten,
- bei Mehrlingsgeburten und
- bei Feststellung einer Behinderung des Kindes vor Ablauf von acht Wochen nach der Entbindung

auf zwölf Wochen.

Ein Widerruf der Erklärung für die Zukunft ist jederzeit möglich.

(4) Schwangere oder stillende Studentinnen dürfen nur in der Zeit zwischen 20 und 22 Uhr an Lehrveranstaltungen teilnehmen und in Praktika beschäftigt werden, wenn

- die Teilnahme zu dieser Zeit erforderlich ist,
- eine Gefährdung für die Schwangere oder ihr Kind ausgeschlossen ist und
- sie sich dazu ausdrücklich bereit erklären.

Ein Widerruf der Erklärung für die Zukunft ist jederzeit möglich.

(5) Nach 22 Uhr dürfen schwangere oder stillende Studentinnen weder an Lehrveranstaltungen teilnehmen noch in Praktika beschäftigt werden.

(6) Schwangere oder stillende Studentinnen dürfen an Lehrveranstaltungen und Praktika an Sonn- und Feiertagen nur teilnehmen, wenn

- die Teilnahme zu dieser Zeit erforderlich ist,
- eine Gefährdung für die Schwangere oder ihr Kind ausgeschlossen ist und
- sie sich dazu ausdrücklich bereit erklären.

Der Studentin ist in jeder Woche ein Ersatzruhetag zu gewähren.

(7) Liegt der HWR Berlin ein Nachweis der Schwangerschaft gemäß Abs. 2 vor, so ist unverzüglich eine Gefährdungsbeurteilung nach § 5 Arbeitsschutzgesetz durchzuführen und erforderliche Schutzmaßnahmen sind festzulegen.

(8) Von Praktikumsbetrieben und -stellen sind vor Praktikumsaufnahmen von Studentinnen, die dem Mutterschutz unterliegen, Erklärungen zu verlangen, dass

- die nach dem Mutterschutzgesetz erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt und
- die erforderlichen Schutzmaßnahmen ergriffen wurden.

Außerdem haben die Praktikumsbetriebe und -stellen zu versichern, dass eine Beschäftigung der Studentinnen ausschließlich im Rahmen des Mutterschutzgesetzes erfolgt.

(9) Studentinnen, die dem Mutterschutz unterliegen, sind Gespräche über erforderliche Schutzmaßnahmen anzubieten. Zudem ist Studentinnen, die dem Mutterschutz unterliegen und die Praktika oder Lehrveranstaltungen absolvieren müssten, an denen die Teilnahme wegen des Mutterschutzes nicht möglich oder nicht verpflichtend ist, nach Möglichkeit eine Alternative für das Absolvieren der Lehrveranstaltung oder des Praktikums anzubieten, so dass eine Verlängerung des Studiums durch Schwangerschaft und Stillzeit möglichst eingeschränkt wird.

(10) Die HWR Berlin legt in einer Richtlinie das Verfahren und die zuständigen Stellen der Hochschulverwaltung fest.

b) Auszug aus der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung

§ 20 Mutterschutz

(1) Das Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz - MuSchG) in der jeweils gültigen Fassung regelt den Schutz der Studentinnen während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und in der Stillzeit. Es wird bekannt gemacht auf der Homepage der HWR Berlin.

(2) Die Mutterschutzfristen hemmen Fristen nach den Studien- und Prüfungsordnungen entsprechend ihrer zeitlichen Länge.

(3) Studentinnen innerhalb der Mutterschutzfristen müssen auf Antrag zum Zweck des Nachteilsausgleichs Verlängerungen der Bearbeitungszeiten für schriftliche Prüfungsleistungen gewährt werden. § 19 Abs. 2 bleibt unberührt.

(4) Weiteres und Näheres bestimmt § 10a der Ordnung über die Rechte und Pflichten der Studierenden (Studierendenordnung) der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

c) Auszug aus dem Arbeitsschutzgesetz

§ 5 Beurteilung der Arbeitsbedingungen

(1) Der Arbeitgeber hat durch eine Beurteilung der für die Beschäftigten mit ihrer Arbeit verbundenen Gefährdung zu ermitteln, welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes erforderlich sind.

(2) Der Arbeitgeber hat die Beurteilung je nach Art der Tätigkeiten vorzunehmen. Bei gleichartigen Arbeitsbedingungen ist die Beurteilung eines Arbeitsplatzes oder einer Tätigkeit ausreichend.

(3) Eine Gefährdung kann sich insbesondere ergeben durch

1. die Gestaltung und die Einrichtung der Arbeitsstätte und des Arbeitsplatzes,
2. physikalische, chemische und biologische Einwirkungen,

3. die Gestaltung, die Auswahl und den Einsatz von Arbeitsmitteln, insbesondere von Arbeitsstoffen, Maschinen, Geräten und Anlagen sowie den Umgang damit,
4. die Gestaltung von Arbeits- und Fertigungsverfahren, Arbeitsabläufen und Arbeitszeit und deren Zusammenwirken,
5. unzureichende Qualifikation und Unterweisung der Beschäftigten,
6. psychische Belastungen bei der Arbeit.

d) Auszug aus dem Mutterschutzgesetz

§ 10 Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen

(1) Im Rahmen der Beurteilung der Arbeitsbedingungen nach § 5 des Arbeitsschutzgesetzes hat der Arbeitgeber für jede Tätigkeit

1. die Gefährdungen nach Art, Ausmaß und Dauer zu beurteilen, denen eine schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind ausgesetzt ist oder sein kann, und
2. unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Beurteilung der Gefährdung nach Nummer 1 zu ermitteln, ob für eine schwangere oder stillende Frau oder ihr Kind voraussichtlich
 - a) keine Schutzmaßnahmen erforderlich sein werden,
 - b) eine Umgestaltung der Arbeitsbedingungen nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 erforderlich sein wird oder
 - c) eine Fortführung der Tätigkeit der Frau an diesem Arbeitsplatz nicht möglich sein wird.

Bei gleichartigen Arbeitsbedingungen ist die Beurteilung eines Arbeitsplatzes oder einer Tätigkeit ausreichend.

(2) Sobald eine Frau dem Arbeitgeber mitgeteilt hat, dass sie schwanger ist oder stillt, hat der Arbeitgeber unverzüglich die nach Maßgabe der Gefährdungsbeurteilung nach Absatz 1 erforderlichen Schutzmaßnahmen festzulegen. Zusätzlich hat der Arbeitgeber der Frau ein Gespräch über weitere Anpassungen ihrer Arbeitsbedingungen anzubieten.

(3) Der Arbeitgeber darf eine schwangere oder stillende Frau nur diejenigen Tätigkeiten ausüben lassen, für die er die erforderlichen Schutzmaßnahmen nach Absatz 2 Satz 1 getroffen hat.

**Regulations
for the implementation of maternity leave
at the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin)
Date: 09.04.2018¹**

Working on the basis of § 20 section 4 of the Framework study and examination regulations and § 10a of the regulations "The rights and obligations of students" (students' regulations) of the Berlin School of Economics and Law (*HWR Berlin*) the *HWR Berlin* issues the following regulations:

Contents

- § 1 Scope, principles
- § 2 Informing the *HWR Berlin* of a pregnancy
- § 3 Informing the internship provider of a pregnancy
- § 4 Statements from students on maternity leave regarding continuation of their studies within the period of maternity leave and their rescission
- § 5 Risk assessments and protective measures
- § 6 Commencement

Appendices

- a) Excerpt from the Students' regulations (*Studierendenordnung*)
- b) Excerpt from the Framework study and examination regulations (*Rahmenstudien- und -prüfungsordnung*)
- c) Excerpt from the German Health and Safety Law (*Arbeitsschutzgesetz*)
- d) Excerpt from the German maternity leave legislation (*Mutterschutzgesetz*)

¹ The English translation is for information purposes only. The German version is the original and constitutes the sole legally-binding version of this text.

§ 1 Scope, principles

- (1) These regulations specify the procedure and responsibilities for ensuring that students at the Berlin School of Economics and Law (*HWR Berlin*) can avail themselves of the rights to which they are entitled during pregnancy, after birth and during the breast-feeding period.
- (2) The rights of pregnant students are established in the German maternity leave legislation (*Mutterschutzgesetz*), § 20 section 4 of the Framework study and examination regulations and § 10a of the regulations "The rights and obligations of students" (students' regulations) of the Berlin School of Economics and Law (*HWR Berlin*). For further information, see Appendix a) and b).

§ 2 Informing the *HWR Berlin* of a pregnancy

- (1) Students should inform the *HWR Berlin* of their pregnancy at the earliest possible opportunity so as to ensure that they can avail themselves of their rights.
- (2) The statement of pregnancy should be made in writing or by e-mail to:
- The Department of Business and Economics: the Student Office responsible for the student
 - The Department of Cooperative Studies Business · Technology: the general management
 - The Department of Public Administration: the Student Office responsible for the student
 - The Department of Legal Studies: the Student Office responsible for the student
 - The Department of Police and Security Management: the Student Office responsible for the student
 - The Berlin Professional School: the programme manager responsible for the student

This statement can also be sent to the Student Advisory Service - Family Services Office. The university provides forms for the statement. If the statement is received by the Student Advisory Service - Family Services Office, it will be forwarded to the relevant department or the Berlin Professional School.

- (3) The statement should be accompanied by proof of pregnancy (e.g. excerpt from the *Mutterpass*). This proof should state the anticipated birth date. A copy of the proof is sufficient.

§ 3 Informing the internship provider of a pregnancy

If the student is engaged in an internship at the point at which she learns of her pregnancy, the student is required to inform the internship provider.

§ 4 Statements from students on maternity leave regarding continuation of their studies within the period of maternity leave and their rescission

- (1) Students on maternity leave can declare that they wish to continue their studies at any time during maternity leave. They can also rescind this statement at any time during maternity leave. This statement and its rescission are to be submitted to the office to which the student made her statement of pregnancy. (See § 2).
- (2) This statement should be made in writing or by e-mail. The university provides forms for this purpose.

(3) Students on maternity leave can register and de-register for module examinations or the final examination at the usual office.

§ 5 Risk assessments and protective measures

(1) Those students who have informed the university administration of their pregnancy will be invited to the Student Advisory Service - Family Services Office for a discussion. For pregnant students of the Department of Cooperative Studies Business · Technology, this discussion will be undertaken by the general management of the department.

(2) This discussion should result in a risk assessment in accordance with § 10 of the German maternity leave legislation (*Mutterschutzgesetz*) and § 5 of the German Health and Safety Law (*Arbeitsschutzgesetz*), and agree on and arrange the implementation of any necessary measures. If the Student Advisory Service - Family Services Office is unable to perform a final assessment, the responsible safety officer (and possibly the university medical service) will be consulted.

(3) The Student Advisory Service - Family Services Office will inform the *Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin* of the outcome.

(4) Students on maternity leave are only permitted to commence or continue an internship if the internship provider submits confirmation to the *HWR Berlin* that they have undertaken a risk assessment and have implemented any necessary protective measures.

§ 6 Commencement

These regulations take effect on 28.04.2018.

Appendices

a) Excerpt from the Students' regulations (*Studierendenordnung*)

§ 10a) Maternity leave

(1) The German maternity leave legislation (*Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz - MuSchG)*) provides the legal basis for the provisions operating at the *HWR Berlin* regulating the protection afforded to female students during pregnancy, following birth and in the breast-feeding period. These provisions are published in the *HWR Berlin* homepage.

(2) Students should inform the *HWR Berlin* of their pregnancy at the earliest possible stage. Proof of pregnancy is required in the form of a certificate from a doctor or midwife (e.g. copy from the *Mutterpass*). The certificate should state the due date of birth.

(3) Pregnant students are released from the demands of study six weeks before and eight weeks after the anticipated birth date, unless they provide a written declaration stating that they wish to continue with their studies within this period.

Maternity leave will be extended to twelve weeks in the case of

- Premature delivery
- Multiple births
- The diagnosis within eight weeks of the birth of any disability affecting the child

The student can rescind this statement for the future at any point.

(4) Pregnant or breast-feeding students may only attend classes and internships held between 20.00 and 22.00 if

- This represents a necessity
- This can be done without endangering either mother or child
- The student provides her express willingness to do so

The student can rescind this statement for the future at any point.

(5) Pregnant or breast-feeding students are not permitted to participate in any classes or internships after 22.00.

(6) Pregnant or breast-feeding students may only participate in classes and internships on Sundays and public holidays if:

- This represents a necessity
- This can be done without endangering either mother or child
- The student provides her express willingness to do so

In such a case, the student affected is to be accorded an alternative day of rest every week in which this takes place.

(7) If a student presents proof of pregnancy in accordance with section 2, the *HWR Berlin* is to perform an immediate risk assessment in accordance with § 5 *Arbeitsschutzgesetz*; protective measures are to be agreed and implemented.

(8) Students subject to the provisions of maternity leave are to require declarations from the internship providers before starting the internship, stating that:

- The statutory risk assessment required by maternity legislation has been performed
- The requisite protective measures have been taken

Internship providers are also required to ensure that the employment of the pregnant student is realized within the confines of the relevant legislation (*Mutterschutzgesetz*).

(9) Students on maternity leave are to be offered discussions focussing on the necessary protective measures. Students on maternity leave and who are required to attend classes or an internship which are incompatible with the provisions of maternity leave or which are not obligatory under this status are (where possible) to be provided with an alternative so as to restrict the extension of the period of study as a result of pregnancy or the breast-feeding period.

(10) The *HWR Berlin* has issued guidelines establishing the procedure and the responsible offices within the university administration.

b) Excerpt from the Framework study and examination regulations (*Rahmenstudien- und -prüfungsordnung*)

§ 20 Maternity leave

(1) The German maternity leave legislation (*Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz - MuSchG)*) provides the legal basis for the provisions operating at the *HWR Berlin* regulating the protection afforded to female students during pregnancy, following birth and in the breast-feeding period. These provisions are published in the *HWR Berlin* homepage.

(2) The period of maternity leave constrains the examination periods as established in the study and examination regulations.

(3) Students on maternity leave who submit an application for an extension of the completion time for written examinations and course work, will have this application granted (disadvantage compensation). § 19 section 2 is not affected by this provision.

(4) Details regarding this matter are given in § 10 a of the regulations The rights and obligations of students (students' regulations) of the Berlin School of Economics and Law (*Ordnung über die Rechte und Pflichten der Studierenden (Studierendenordnung) der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin*).

c) Excerpt from the German Health and Safety Law (*Arbeitsschutzgesetz*)

§ 5 Assessment of the working conditions

(1) The employer is to perform an assessment of the risks with which their employee is faced and determine specific measures as required by Health and Safety legislation.

(2) This risk assessment is to be undertaken for each task performed by the pregnant worker. If the pregnant worker performs identical tasks, only one risk assessment is required.

- (3) Central causes of a hazard:
1. The design and furnishings of the workplace and work station.
 2. Physical, chemical and biological factors.
 3. The design, selection and application of working agents, especially materials, machines, equipment and systems and their use.
 4. The design of working and manufacturing processes, operational procedures, working times and their interaction.
 5. Insufficient employee qualification and instruction.
 6. Mental strain at work.

d) Excerpt from the German maternity leave legislation (*Mutterschutzgesetz*)

§ 10 Assessment of the working conditions; protective measures

(1) Working within the scope of the assessment of the working conditions undertaken in accordance with § 5 of the German Health and Safety Law (*Arbeitsschutzgesetz*), the employer is to perform the following assessment for each activity:

1. An assessment of the type, extent and duration of the hazards to which a pregnant student or a student in the breast-feeding period or her child is subject.
2. Taking into account the results of the risk assessment undertaken in accordance with no. 1, the employer is to ascertain whether a pregnant student or a student in the breast-feeding period or her child probably
 - a) Does not require any protective measures
 - b) Will require a re-designed working environment in accordance with § 13 section 1 number 1
 - c) Will be unable to continue with her tasks at this place of work.

If the pregnant worker performs identical tasks, only one risk assessment is required.

(2) As soon as a female employee has informed her employer of a pregnancy or the fact that she is in the breast-feeding period, the employer is to implement the protective measures deemed necessary as a result of the risk assessment undertaken in accordance with section 1. The employer is also to offer this female employee a discussion of further adaptations to her working environment.

(3) An employer is only permitted to allow a pregnant woman or a woman in the breast-feeding period to perform tasks for which he has implemented the necessary protective measures in accordance with section 2 sentence 1.